

Bernd Greiner

## »Alleintäter Russland«: Wie man Feuer mit Benzin löscht

Sollte es tatsächlich zu einem kalten oder gar heißen Krieg mit Russland um die Ukraine kommen, so lässt sich bereits jetzt feststellen, dass der Westen – ungeachtet der von Moskau betriebenen militärischen Eskalation – einen erklecklichen Teil dazu beigetragen hat. Denn welches Problem auch immer zur Debatte steht, die westliche Rollenverteilung ist seit Jahren klar fixiert: für die Russen die schwarzen, für die Nato die weißen Hüte; Wladimir Putin, der Oberschurke im Stück, legt den Glutkern russischer Politik frei, jene Melange aus Paranoia und Expansionsdrang, wie man sie seit Jahrhunderten zu kennen glaubt. Wenn überhaupt, unterscheidet sich der neue Zar von seinen Vorgängern nur insofern, als er ein noch gewiefterer Trickbetrüger ist. Und so weiter und so fort in reflexhafter Schnappatmung. Dass das westliche Bündnis von Haus aus friedfertig ist und trotz vollgestopfter Waffenkammern keine Gefahr für irgendwen darstellt, versteht sich offenbar von selbst.<sup>1</sup> So gesehen liegt das Problem einzig in der politischen Immunschwäche – sprich: in fehlender Wehrhaftigkeit – liberaler Demokratien.<sup>2</sup> Die an den „weltmüden“ US-Präsidenten Joe Biden gerichteten Mahnungen, sich vor Putins Drängen nach einer Aufteilung Europas in Einflusszonen zu hüten, klingen inzwischen zwar wieder ab. Doch Deutschland wird umso schriller auf Härte eingeschworen und daran erinnert, dass politische Selbstverzweigung nur mit einem Wachstumshormon namens Rüstung zu kurieren ist.

Selbstverständlich wäre es töricht, das Offensichtliche zu vernebeln. Ja, Wladimir Putin hat an der Inszenierung politischer Unberechenbarkeit Gefallen gefunden. Ja, er spielt nicht nur mit dem Feuer, sondern legt immer wieder auch Brände – siehe das Vorpreschen in der Ukraine von der Krim bis zum Donbass, siehe die Cyberattacken gegen „weiche“ Ziele und die Einmischungen in Wahlen westlicher Demokratien, siehe die unsäglichen Auftragsmorde im In- und Ausland samt Drohgebärden anderer Art. An all dem gibt es nichts kleinzureden, zumal unverhohlen mit einer noch härteren Gangart gedroht wird. Freilich kippt die Kritik an Putin zusehends ins Eindimensionale. Was der scharfen Trennung eines fiktiven „Wir“ von einem dämonisierten „Die“ widerstrebt – mithin nicht zur Aufteilung der Welt in auseinandertrifftende Pole passt –, wird makuliert. Oder im hochtönenden Gestus lächerlich gemacht: hier die „Realisten“, die sich keinen Illusionen

1 Stefan Kornelius, Wladimir Putin: Hauptsache, Konflikt, in: „Süddeutsche Zeitung“, 3.1.2022.

2 Vgl. dazu Alexander Cooley und Daniel H. Nexon, Der Siegeszug des Illiberalismus. Wie die Demokratie ihren Feinden in die Hände spielt, in: „Blätter“, 2/2022, S. 65-80.

über die Wirklichkeit hingeben, dort die knieweichen „Idealisten“, die wieder einmal der Entspannungspolitik und sonstigen Tagträumen längst verblichener Zeiten nachhängen. Härte, Strenge, Entschlossenheit, das politische Vokabular kennt keine Zwischentöne mehr. Mitunter drängt sich gar der Eindruck auf, dass Politik ohne Feindstellung ihren Zweck verfehlt.

### **Keine Politik ohne Freund und Feind**

Damit rücken vor allem die Kommentare zur Ost-Erweiterung der Nato in den Blick. Eine bindende Zusage, aufnahmewilligen Kandidaten den Zutritt zum Bündnis zu verweigern, gab es in der Tat nie, allenfalls wachsweiße, aber flugs wieder relativierte Andeutungen, den westlichen Machtbereich nicht weiter gen Osten auszudehnen. Mehr geben die Akten nicht her, egal wo und wie lange man sucht. Moskau machte sich nach der Auflösung des Warschauer Paktes keine Illusionen über die ins Haus stehenden Folgen und akzeptierte 1997 den baldigen Beitritt von Polen, Ungarn und Tschechien zur Nato sowie 2004 eine nochmalige Erweiterung des westlichen Bündnisses um Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowenien und die Slowakei. Die Pointe dieser Geschichte will offenbar kaum jemand mehr hören: Sie handelt von einer jahrelang bemerkenswerten Kooperation oder einem unwahrscheinlichen Gelingen. Dafür stehen die ebenfalls 1997 unterzeichnete „Nato-Russland-Grundakte“ sowie die Einrichtung eines „Nato-Russland-Rates“ zur Vertiefung der diplomatischen Kommunikation. Und dafür stehen diverse Zusagen, mit denen man russische Sicherheitsbedenken ausräumen wollte. Die Nato würde auf dem Territorium ihrer neuen Mitglieder keine Nuklearwaffen und nur ein kleines Truppenkontingent stationieren. So vage manches auch blieb, das Bemühen um einvernehmliche Lösungen und Interessenausgleich zum beiderseitigen Vorteil nahm daran keinen Schaden. Vor allem aber wurde damals respektiert, was seit neuestem als *Petitesse* gilt: russische Sicherheitsinteressen.

Die heute beliebte Erzählung dreht sich darum, dass der Kreml sich niemals mit dem Untergang der Sowjetunion und einer von den USA forcierten Revision der Nachkriegsordnung abfinden wollte. Erst recht passt nicht ins Bild, wer das Bemühen um eine neue Sicherheitsarchitektur in und für Europa letztendlich aus dem Lot brachte – nämlich Washington. Genauer gesagt die Regierung George W. Bush, die ohne Not im Frühjahr 2008 eine nochmalige Ausdehnung des Einflussbereichs der Nato zur Debatte stellte und auf eine rasche Mitgliedschaft Georgiens und der Ukraine drängte. Womit zugleich die Axt an alle vorherigen, mit Mühe und Not erarbeiteten Vereinbarungen gelegt war.<sup>3</sup>

Was immer dabei den Ausschlag gab, ein Rückfall in den Triumphalismus früherer Tage war es allemal: Wir haben den Kalten Krieg gewonnen und Ihr solltet endlich am Katzentisch die von uns definierten Regeln akzeptieren.

3 Bernd Greiner, *Made in Washington. Was die USA seit 1945 in der Welt angerichtet haben*, München 2021, S. 165-171, 175, 214.

Nicht umsonst machte das Wort von der Ursünde, von der gravierendsten Fehlleistung amerikanischer Diplomatie seit Jahrzehnten, die Runde. George F. Kennan, der große alte Mann amerikanischer Nachkriegsdiplomatie, geißelte die geplante Ost-Erweiterung der Nato bereits 1997 als einen schicksalhaften Fehler.<sup>4</sup> Im aktuellen Klima würde er dafür vermutlich als Putin-Verehrer gescholten. Und mit ihm auch John Mearsheimer, der wohl bekannteste Vertreter aus der „realistischen Schule“ US-amerikanischer Politikwissenschaftler. „Der Westen ist zweimal davongekommen, aber beim dritten Mal, als 2008 plötzlich die Ukraine und Georgien zur Nato kommen sollten, hat Russland nicht länger zugesehen. Noch im selben Jahr gab es Krieg in Georgien und sechs Jahre später in der Ukraine. Die Nato hat mit dem Feuer gespielt und sich verbrannt.“ Deshalb sieht Mearsheimer die gegenwärtige Zuspitzung auch als „direkte Folge der närrischen Entscheidung der USA und ihrer Verbündeten, die Ukraine in die Nato bringen zu wollen“.<sup>5</sup> Wohl wahr: Die USA brachten die Ukraine ins Spiel, ohne einen Gedanken an Moskau zu verschwenden. Warum? Weil man offenbar der Meinung war, dass einer impotenten Regionalmacht nichts anderes übrigbleiben würde, als sich zu fügen. Und weil Washington sich wieder einmal für das Maß aller Dinge hielt. Folgt man hingegen den mehrheitlich Amerika ergebenden Kommentatoren hierzulande, sind derlei Wortmeldungen politisches Gift. Ihnen zufolge wurden die Sicherheitsinteressen Moskaus zu keinem Zeitpunkt berührt, einem friedfertigen Bündnis wie der Nato – siehe oben – geht es nicht um Einflusszonen, sondern ausschließlich um die Förderung universeller Werte. Freiheit schaffen mit mehr Waffen: Wer es anders sieht, ist naiv. Oder will andere hinter die Fichte führen. Oder erliegt den Einflüsterungen des Kremls. „Offenbar hat sich Putin für seine Inszenierung in ein Spiegelkabinett begeben: Was auch immer er an Gefährdungen wahrnimmt – in Wahrheit kann er sich nur selbst sehen.“<sup>6</sup>

### Entspannungspolitik – eine Sache von gestern?

Wofür stehen solche Sätze? Für historische Amnesie? Für brusttrommelnde Überheblichkeit? Für das Verdrängen nüchterner Analyse durch Küchenpsychologie? Eines sind sie in jedem Fall nicht: Bewerbungsschreiben für den diplomatischen Dienst. Verabschiedet wird nämlich der Goldstandard umsichtiger Diplomatie: der Wille, sich in die Schuhe der anderen Seite zu versetzen und die Welt mit den Augen des Widersachers zu sehen. Und annulliert wird die durch bittere Erfahrungen gewonnene Erkenntnis, dass es auf Dauer keine Sicherheit gegen Konkurrenten gibt, sondern nur mit ihnen. Und dass alle gemeinsam verlieren, wenn sie nicht zusammen gewinnen wollen.

4 George F. Kennan, A Fateful Error, in: „The New York Times“, 5.2.1997.

5 „Die Nato hat mit dem Feuer gespielt und sich verbrannt“, John Mearsheimer im Interview, [www.welt.de](http://www.welt.de), 30.1.2022.

6 Stefan Kornelius, a.a.O., in: SZ, 3.1.2022. Vgl. ders., In der Grauzone, in: ebd., 23.12.2021; Frank Nienhuysen, Russland: Waffen von gestern, in: ebd., 23.12.2021; Paul-Anton Krüger, Eine Frage von Minuten. Warum Russland sich angeblich von US-Raketen bedroht fühlt, in: ebd., 23.12.2021.

Letzteres stand bekanntlich im Zentrum der bundesdeutschen Entspannungspolitik. Dass jede Zeit ihre eigenen Antworten braucht und heutige Politik unter anderen Vorzeichen formuliert werden muss – geschenkt. Entscheidend ist vielmehr die geschichtsvergessene Arroganz, mit der zukunftsweisende und obendrein erfolgreiche Konzepte aus der Vergangenheit abgekanzelt werden. Ganz so, als müsste einzig die andere Seite Einsicht zeigen, und ganz so, als könnte man sich im Zweifel auf unnachgiebige Härte, gepaart mit einschüchternden Waffen, verlassen. Und sprachlos macht die gähnende Einfallslosigkeit hinsichtlich einer gesamteuropäischen Sicherheitsordnung. Nichts könnte zur Beruhigung der gegenwärtigen Lage mehr beitragen als ein Angebot von Ideen, wie den Sicherheitsinteressen aller Beteiligten – nicht zuletzt der kleineren Staaten – gedient wäre. Zielführende Vorschläge sind indes noch nicht einmal mit der Lupe zu finden, auch weil Intellektuelle, die ansonsten gerne den weiten Blick einfordern, kraftmeiernd im Schützengraben ihren Ort gefunden haben.

Gewiss, guter Rat ist teuer, aber nicht unerschwinglich. Wladimir Putin fordert bekanntlich seit Jahr und Tag Zusagen, dass weder Georgien noch die Ukraine in die Nato aufgenommen werden. Warum nicht im Gegenzug russische Garantien für diese Staaten einfordern? Warum nicht über eine großflächige Ausdünnung der Militärpräsenz in Mittel- und Osteuropa verhandeln? Warum nicht wirtschaftliche Anreize für eine derartige Schubumkehr schaffen? Fortschritte auf diesem Terrain könnten auch adernorts Türen öffnen. Was dringend nötig ist. Oder glaubt jemand im Ernst, Kernfragen der heutigen Zeit – vom Umweltschutz bis zur Bekämpfung von Pandemien – wären zu lösen, indem man Gräben vertieft und Konflikte auf die Spitze treibt?

Wohin die Kombination aus Ideenarmut und politischem Bodybuilding führt, sollte aus der Geschichte des Kalten Krieges zur Genüge bekannt sein. Druck und Gegendruck, Sanktionen hier, Repressalien dort, Drohung und Vergeltung: Unentwegt wollte jede Seite der anderen die langen Arme stützen oder dem Widerpart dessen eigene Medizin verabreichen, zur Not in Überdosis. Und am Ende mussten alle feststellen, dass man im Hamsterrad feststeckte und eine Eskalationsspirale losgetreten hatte, die nur noch mit einer gehörigen Portion Glück entschärft werden konnte. Siehe den Krieg in Korea. Oder das wiederholte Armdrücken um Berlin. Oder die Kuba-Krise. Dass die heutige Welt von derlei Dynamik bislang verschont geblieben ist, stimmt. Ein Argument für eine neue Robustheit im Umgang mit Moskau ist es mitnichten. Denn die muskulöse Russland-Politik der USA – nicht zuletzt die von Washington forcierte Ost-Erweiterung der Nato – fordert schon jetzt einen hohen Preis: das faktische Bündnis Putins mit China nämlich. Damit aber ist die Vergangenheit tatsächlich vergangen. Denn im Unterschied zur Sowjetunion des klassischen Kalten Krieges hat der neue Hauptkonkurrent des Westens, China also, keinen Mummenschanz nötig. Er muss nicht Stärke simulieren, um seine Schwächen zu kaschieren. Von der Drohung, Feuer mit Benzin zu löschen, lässt er sich ohnehin nicht abschrecken. Einhalt auf dieser abschüssigen Bahn lässt sich auf unterschiedliche Weise schaffen. Ein anderer Umgang mit Russland als in den vergangenen zwanzig Jahren gehört in jedem Fall dazu.